

# STEFAN DOERNBERG

## Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion

Die vier Besatzungsmächte hatten maßgeblichen Anteil an der gesamten deutschen Entwicklung nach 1945. Entscheidungen bedurften stets ihrer Zustimmung. Hauptlinien der Politik, aller Reformen wurden immer auch von ihnen oder zumindest ihren Interessen initiiert. In dieser Hinsicht unterschied sich die sowjetische Deutschlandpolitik nicht von der Frankreichs, Großbritanniens wie der USA. Aber sie räumte der Wiedergutmachung für die Kriegsschäden, damit Reparationen erklärtermaßen ein höheres Gewicht zu, auch der Beseitigung der sozialökonomischen Wurzeln des deutschen Faschismus und dessen Aggressionskrieges.

Und sie setzte auf andere deutsche Helfer, Funktionsträger bzw. Eliten. Sie orientierte sich somit primär ebenfalls an den eigenen Interessen, kann aber nicht isoliert betrachtet werden. Sie stand stets im engen Wechselverhältnis zur Politik der anderen Besatzungsmächte.

Genannt seien einige wesentliche Kernpunkte.

*Erstens:* Detaillierte und umfassende konzeptionelle Vorstellungen für die künftige Deutschlandpolitik gab es in der UdSSR bis 1945 nicht. Eigene Erinnerungen wie Gespräche mit führenden Vertretern der SMAD wurden jetzt durch Veröffentlichungen aus dem Moskauer Außenministerium bestätigt. Kommissionen wurden nur zu Vorschlägen der Kapitulationsurkunde und Demarkationslinien wie Grundsätzen der Reparationspolitik gebildet. In den USA wie in Großbritannien dagegen gab es weitaus mehr Vorarbeit bis hin zur Formulierung zahlreicher Gesetze, die bereits im Frühjahr 1945 verkündet wurden.

*Zweitens:* Erste Amtshandlung der im Juni 1945 gebildeten Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) war die Genehmigung der Tätigkeit von demokratischen Parteien und Gewerkschaften, dann die Bildung von Landes- bzw. Provinzialverwaltungen mit drei Sozialdemokraten und drei bürgerlichen Politikern an der Spitze. Die SMAD ergriff auch dringliche Maßnahmen, um Seuchen, wirtschaftliches Chaos und Hungerunruhen zu verhindern. Damals hatte niemand erwartet, daß eben diese Aktivitäten vorrangig von sowjetischer Seite erfolgten. Obwohl in der Bevölkerung antisowjetische Vorurteile und Stimmungen weiter vorherrschten, stieg das Ansehen der SMAD trotz der Übergriffe von Soldaten als einer insgesamt doch humanen Okkupationsmacht an.

Stefan Doernberg – Jg. 1924,  
Prof. Dr., Historiker, Berlin.

Beitrag auf der Konferenz  
»1947/48: Internationale  
und deutsche Politik am  
Scheideweg« am 13. und  
14. Juni 1998 in Berlin.

*Drittens:* Höheren Stellenwert hatten in der Deutschlandpolitik der UdSSR trotzdem Reparationsansprüche wie Maßnahmen zu ihrer strikten Durchsetzung. Zunächst hauptsächlich in der Form von Demontagen unterschiedlicher Ausrüstungen und Werte. Ihre Verantwortung lag bei speziellen Organen, die unmittelbar der Regierung in Moskau, zunächst G. Malenkov als Mitglied des Staatlichen Verteidigungsausschusses unterstellt waren.

Ihr Umfang war gewaltig, obwohl für den Wiederaufbau in der UdSSR geringer als erwartet. Sie selbst, noch mehr Methoden ihrer rigorosen Durchführung hatten zudem negative Auswirkungen auf die sowjetische Deutschlandpolitik insgesamt. Erst in der zweiten Hälfte 1946, auch mit der Bildung von SAG-Betrieben, trat eine gewisse Ordnung ein. Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion, worauf die USA und auch Frankreich und Großbritannien weitgehend verzichteten, blieben eine Belastung, so gerechtfertigt sie auch waren.

*Viertens:* Neben dem Primat der Reparationspolitik stand die Ausmerzung der Wurzeln von Faschismus und Militarismus im Mittelpunkt der Deutschlandpolitik der UdSSR. Deutschland sollte auf Dauer gesehen keine Gefahr für den europäischen Frieden und die Sicherheitsinteressen der UdSSR darstellen. Dabei wurde den sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus eine insgesamt höhere Bedeutung zugemessen als den rein ideologischen oder auch den machstrukturellen. Nach sowjetischer Interpretation entsprach das auch den auf dem Potsdamer Gipfeltreffen 1945 getroffenen Vereinbarungen.

Die SMAD initiierte auch viele weitere Maßnahmen zu einer vielschichtigen Entnazifizierung – im Verwaltungsapparat, in der Justiz, im Bildungswesen – wie zur Proklamierung eines antifaschistischen Ideenguts in Presse, Rundfunk und durch verlegerische Tätigkeit. Nicht zu übersehen die Förderung einer antifaschistischen und auf die Traditionen der humanistischen Klassik orientierten Kunst und Kultur, so im Film und Theater. Alle diese tiefgreifenden Umwälzungen fanden verständlicherweise nicht nur Zustimmung. Das konnte auch nicht anders sein. Von recht vielen Menschen war ja 1945 als Zusammenbruch eigener Visionen, als Ursache der nationalen Katastrophe, weniger als Folge der faschistischen Aggressionspolitik aufgefaßt worden. Hinzu kam der tief verwurzelte Antikommunismus, an den mehr und mehr von vielen westlichen wie auch deutschen Politikern angeknüpft wurde.

Alle Reformen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erfolgten zwar mit ausdrücklicher Billigung, nicht wenige auch auf direkte Initiative der SMAD. Sie wurden jedoch nicht durch deren Befehle, sondern durch Gesetze deutscher Landtage oder Verwaltungen verwirklicht. Abgedeckt waren sie durch den Volkentscheid in Sachsen, Beschlüsse des Blocks der demokratischen Parteien wie basisdemokratische Aktivitäten.

*Fünftens:* Bestandteil der sowjetischen Deutschlandpolitik war auch das Wirken der Organe des Innenministeriums der UdSSR, das eigene Dienststellen sowie Internierungslager errichtete, eine

spezifische Gerichtstätigkeit entwickelte und dies alles als Maßnahmen gegen nazistische Verbrechen oder besatzungsfeindliche Umtriebe deklarierte. Von der deutschen Öffentlichkeit wurde dies weitgehend auch so aufgefaßt, also als eine nicht vermeidbare Folge des Krieges, um so mehr, weil sich Kenntnisse über die furchtbaren Verbrechen der faschistischen Aggressoren in der UdSSR und in anderen Ländern immer mehr durchsetzten. Die von den sowjetischen Behörden angewandten Methoden sowie die Bedingungen in den Lagern waren weniger bekannt. Auch nicht bei den Mitarbeitern der SMAD, die auf die Tätigkeit der unmittelbar den entsprechenden Behörden in Moskau unterstehenden Organe keinen Einfluß hatten. Aber auch diese Sphäre darf aus der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht ausgeklammert werden. Heute wissen wir mehr über Ausmaß und Bedingungen der Repressionen, wenn auch oftmals Halbwahrheiten und sensationell gefärbte Entstellungen ein Geschichtsbild vortäuschen wollen, was die Bedingungen nach 1945 und die Zusammenhänge mit der Entnazifizierung bewußt übertünchen soll. Das ändert nichts an der Notwendigkeit, diese Seite der sowjetischen Politik kritisch aufzuarbeiten. Vor allem die willkürliche Ausdehnung des Begriffs »besatzungsfeindliche Tätigkeit« war verwerflich, Praktiken des Stalinismus systemimmanent. Aber die Repressionen waren nicht das Kernstück der Deutschlandpolitik der UdSSR.

*Sechstens:* Die UdSSR setzte sich seit Kriegsende uneingeschränkt für die Wahrung der staatlichen Einheit Deutschlands ein. Die konkreten Vorschläge, die vor allem auf den Konferenzen der vier Außenminister unterbreitet wurden, sind bekannt. Auch in dieser Frage ging die UdSSR primär von ihrer eigenen Interessenlage aus. Sie wollte einen nachhaltigen Einfluß auf die Nachkriegsentwicklung ganz Deutschlands ausüben. Schon zur Sicherung ihrer Reparationsansprüche, aber auch zunehmend, damit sich der politische und wirtschaftliche Einfluß der USA in ganz Europa nicht weiter erhöhe. Dagegen versprach sie sich, ihren eigenen Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten zu verstärken, wohl wissend, daß sie dann in ihrer Besatzungszone nicht mehr allein bestimmen könnte. Den sowjetischen Vorschlägen für einen baldigen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, der von einer gesamtdeutschen Regierung unterzeichnet werden sollte, sowie für einen schnellen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland lagen sowjetische Interessen zugrunde. In früheren Darstellungen wurde oftmals darauf hingewiesen, daß sich die sowjetische Deutschlandpolitik in dieser Frage stark an den nationalen Belangen und Interessen des deutschen Volkes orientierte. Objektiv entsprach sie diesen durchaus.

Die Motive und angestrebten Ziele sind aber anders zu benennen. Damit möchte ich auch frühere Wertungen von mir korrigieren.

*Siebtens:* Die gewandelte internationale Konstellation führte 1947 zu beträchtlichen Änderungen in der Deutschlandpolitik der UdSSR. Zudem waren die Demontagen abgeschlossen, auch die wichtigsten antifaschistisch-demokratischen Reformen. Noch nach-

haltiger war der Beginn des Kalten Krieges. An die Stelle des Widerspruchs zwischen den freiheitliebenden Völkern wie den Staaten der Anti-Hitler-Koalition und dem faschistischen Imperialismus mit seinen Welteroberungs- und Genozidplänen war der Widerspruch zwischen den zwei Gesellschaftssystemen, primär ihren Führungsmächten, den USA und der UdSSR, getreten. Unmittelbar nach 1945 hatten sich beide Staaten mehr damit begnügt, die mit dem Krieg errungenen Machtpositionen, ob politische, wirtschaftliche oder militärische, weiter zu stabilisieren. Jetzt ging es ihnen aber darum, den neuen Hauptgegner aus seinen Einflusssphären zu verdrängen.

Bei dem amerikanischen Außenpolitiker John Foster Dulles findet man die klare Zielsetzung, perspektivisch »Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens« zu ziehen. Als Ziel wollten die USA eine »vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.« Sehr deutliche Worte, publiziert 1950.

Die Sowjetunion bezog eine diametral entgegengesetzte Position, obwohl sie nicht die völlig absurde Zielstellung einschloß, Westdeutschland in den eigenen Machtbereich zu ziehen. Doch zu ihr gehörte die Absicht, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen. Begründet wurde die Rechtmäßigkeit damit, daß die Westmächte ihre Streitkräfte in Berlin deshalb stationieren durften, weil die ehemalige Reichshauptstadt als Sitz des Alliierten Kontrollrats mit dem Ziel einer gemeinsam abgestimmten Verwaltung Deutschlands ausersehen war, die Westmächte aber durch einseitige Handlungen, über die sie gegenüber dem Kontrollrat keine Rechenschaft ablegen wollten, ihre Rechte in Berlin verwirkt hätten. Recht ultimatativ versuchte die UdSSR, die neue Position durchzusetzen.

Am 20. März 1948 hatte die sowjetische Delegation die Sitzung des Alliierten Kontrollrats verlassen, da die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine Information über die Londoner Empfehlungen ablehnten, welche Vorbereitungen für die Bildung eines westdeutschen Staates vorsahen. Seitdem hatte es keine Tagung des Kontrollrats mehr gegeben.

*Achtens:* Die Sowjetunion war nicht der hauptsächliche Verursacher des Kalten Krieges, auch nicht seiner Zuspitzungen. Sie hatte ein objektives Interesse an einer friedlichen Koexistenz der beiden Weltsysteme, insbesondere zwischen der UdSSR und den USA. Ihre Vorschläge zur Verminderung der Spannungen, zur Aufrechterhaltung gedeihlicher Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und Verhinderung eines atomaren Wettrüstens waren keine propagandistischen Manöver. Aber sie wurden auch für die Disziplinierung der osteuropäischen Staaten wie der Sympathisanten in der entstehenden Friedensbewegung genutzt.

Auch der 1949 unterbreitete Vorschlag für den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates hätte zunehmender Blockkonfrontation entgegen gewirkt. Es lag aber nicht im Interesse der USA, den Vorschlag

überhaupt einer Prüfung zu unterziehen und eine Kompromißmöglichkeit nur auszuloten. Die UdSSR aber tat ihrerseits bewußt zu wenig, um eben einem Kompromiß den Weg zu ebnet. Dahinter steckten imperiale Ambitionen, auch die perverse Absicht, das Feindbild für die Rechtfertigung des innenpolitischen Kurses mit dessen Bruch das Vermächtnis der Oktoberrevolution zu mißbrauchen. Man kann auch von einer Absicht sprechen, mit Friedenspropaganda andere Erscheinungen im Wettstreit der zwei Systeme zu überdecken. Es gab damals die Auffassung, daß auch der Kalte Krieg letztlich der UdSSR dienlicher sein würde als den USA. Er nutze dem Kampf gegen den Imperialismus. Das durchdrang dann die außenpolitische Propaganda der UdSSR. Auch die Erklärungen kommunistischer Politiker wie Togliatti und Thorez, daß die Linken im Falle eines Krieges an der Seite der UdSSR gegen die USA-Aggressoren kämpfen würden. All das hatte 1949 positive, friedensfördernde Wirkungen, war aber schon damals wie später falsch. Es gehörte zu den verderblichen Deformationen des Sozialismus, seines gesamten Ideenguts.

*Neuntens:* Besonders deutlich zeigte sich dies in der Berlin-Krise 1948/49. (Der Begriff einer Berlin-Blockade ist zumindest ungenau, wenn nicht tendenziös. Es ging auch nie um einen Angriff der Sowjetunion auf die Freiheit der Berliner, dem sich die USA, Großbritannien und Frankreich als »Schutzmächte« entgegenstellten.) Die Berlin-Krise wurde eindeutig von der aktiv betriebenen Spaltung Deutschlands als unmittelbare Auswirkung des Kalten Krieges und speziell durch die separate Währungsreform, deren Ausdehnung auf die Westsektoren Berlins mit den für den ganzen Osten verbundenen Auswirkungen ausgelöst. Die USA hatten Gegenmaßnahmen der UdSSR eingeplant, wenn nicht sogar provoziert. Das ändert nichts an deren Verwerflichkeit, ganz besonders auch praktizierter Methoden – bis zum Einsatz von Bahnpolizei gegen Streikende und anderen Gewaltanwendungen mit Todesopfern.

Nach der Ausdehnung der Währungsreform in den Westzonen auf Westberlin ordnete die UdSSR die Sperrung aller Transporte zwischen den Westzonen und Berlin an. Sie erklärte zugleich ihre Bereitschaft, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen, traf auch entsprechende Maßnahmen. Damit sollte ein drohendes Finanzchaos im Osten Deutschlands verhindert werden. Das eigentliche Ziel war die Verdrängung der Westmächte aus Berlin.

Kompromißbereitschaft bot sich zuerst auf keiner Seite an. Dann kam es aber zu Verhandlungen in Moskau zwischen Stalin und den Botschaftern der drei Westmächte. Sie endeten am 30. August mit der Vereinbarung, daß in ganz Berlin nur die Ostmark gültig sein sollte und beiderseitig die Transporte unbehindert erfolgen würden. Ausführungsbestimmungen sollten in kurzer Zeit gemeinsam von den Besatzungsbehörden der vier Mächte direkt in Berlin getroffen und von ihnen in Kraft gesetzt werden.

Dazu kam es aber nicht. Inzwischen hatte sich die Luftbrücke bewährt: sowohl als technische Pionierleistung für den Transport von gewaltigen Mengen an Lebensmitteln, aber auch anderen, darunter sperrigen Gütern, als Neuheit in der Militärtechnik, auch als profi-

tables Geschäft sowie letztlich als Instrument des Kalten Krieges, einer weiteren Forcierung der geplanten NATO-Bildung. Nicht zuletzt bewährte sich die Luftbrücke für die weitere Anheizung des Antisowjetismus und Antikommunismus, wobei man in Deutschland an noch lebendige Traditionen aus der NS-Zeit anknüpfen konnte. Die unbewegliche, von imperialen, d.h. nichtsozialistischen Werten geprägte Haltung der UdSSR, die von der SED-Führung unterstützt wurde, trug zweifellos zur weiteren Zuspitzung des Kalten Krieges bei.

Erst im Frühjahr 1949 kam es zu einer gewissen Entspannung. Blockademaßnahmen wurden aufgehoben. Es blieb aber bei der Gültigkeit der Westmark für die Berliner Westsektoren, der faktischen Spaltung Berlins. Doch die Regierungen der vier Mächte einigten sich auf die Einberufung einer neuen Tagung der Außenminister, um Möglichkeiten einer Friedensregelung und der Bewahrung oder Wiederherstellung der deutschen Einheit zu beraten. Die schon weit fortgeschrittene Konstituierung eines westdeutschen Staates sollte zunächst ausgesetzt werden.

Das letztere blieb aber ein Lippenbekenntnis. Die Bestätigung des Besatzungsstatuts wie auch des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 war eine eindeutige Sprache. Von der jetzt unmittelbar bevorstehenden Spaltung Deutschlands versprachen sich die USA und ihre Bundesgenossen, Politiker der CDU wie auch der SPD weitergehende Pläne einer ihnen genehmen Gestaltung der europäischen Zukunft. Damit will ich die UdSSR durchaus nicht von ihrer Verantwortung für die Weichenstellung 1948/49 freisprechen.

Dennoch möchte ich die schon vielfach aufgestellte und bewiesene These unterstützen: die DDR war nicht das Wunschziel der UdSSR, die auch nach 1949 für ein wiedervereinigtes Deutschland eintrat, so lange zumindest bestimmte Aussichten dafür bestanden. Natürlich wollte sie nicht einen Anschluß an die BRD oder eine komplette Übernahme der politischen wie ökonomischen und anderen Strukturen und Grundlagen der kapitalistischen Bundesrepublik, schon gar nicht eine deutsche Einbindung in die gegen die UdSSR gerichtete NATO.

*Zehntens:* Damit komme ich aber zu einer Kernfrage. Betrieb die UdSSR eine Politik der »Sowjetisierung«? Versteht man darunter, ob es etwas ähnliches gab wie eine »Amerikanisierung«, z.B. im geistig-kulturellen Bereich, in der Übertragung von Werten und Erfahrungen auf das Leben in den Westzonen, so dürfte der Begriff nicht anfechtbar sein. Höchstens mit dem Unterschied, daß sich die »Amerikanisierung« aus verschiedenen Gründen als nachhaltiger erwies. Die Zielsetzung einer Einführung des sowjetischen Gesellschaftsmodells in Deutschland oder nur in der sowjetischen Zone gab es aber zu keinem Zeitpunkt. Nicht nur als Ausdruck einer nicht zu leugnenden Realpolitik sondern auch deshalb, weil die UdSSR internationale Rahmenbedingungen mehr respektierte als die deutschen Politiker selbst. Sie tat zwar durch viele Fehlentscheidungen, vor allem durch die Wirkungen des ausgesprochenen Demokratiedefizits und des autoritären Stalinschen Führungsstils



auf die Außenpolitik viel zu wenig zur Eindämmung des Kalten Krieges, begünstigte dessen Zuspitzung wesentlich, hatte aber kein wirkliches Interesse daran. Bis zum Herbst 1949 versuchte die UdSSR, oftmals zwar inkonsequent oder mit untauglichen Mitteln, die staatliche Zweiteilung Deutschlands zu verhindern. Und man wußte in Moskau, daß dies mit dem Übergang zum Aufbau des Sozialismus oder der Proklamierung einer volksdemokratischen Ordnung nicht zu vereinbaren war. Das sowjetische Ziel für eine längere Periode war ein deutscher Staat mit einer bürgerlich-demokratischen Ordnung, wenn auch begrenzter Dominanz des Finanzkapitals und verstärkter Abkehr von den konservativen Traditionen. Die Reformen von 1945/46 sollten dagegen erhalten werden, wobei man sich ihre Ausstrahlung auf die gesamtdeutsche Entwicklung versprach. Aus meiner Sicht war Stalin auch schon deshalb nicht an der Durchsetzung eines sozialistischen Modells in Deutschland interessiert, weil er befürchtete, daß dieses der Hegemonierolle der UdSSR Abbruch tun würde. Auch dies bildete einen Hintergrund – nicht die Hauptursache – für die ablehnende Haltung zu den Vorstellungen der SED-Führung Ende 1948. Diese wünschte analog den Erklärungen von Dimitroff, Gottwald und anderen auch für Ostdeutschland eine Proklamierung der volksdemokratischen Ordnung, nach Möglichkeit als einer besonderen Form der Diktatur des Proletariats.

*Elftens:* Alle wichtigen Aktivitäten der Deutschlandpolitik der UdSSR spielten sich in der Öffentlichkeit ab, wurden von der Tagespresse dokumentiert. In den Archiven wurden dagegen die Vorarbeiten, damit konkreter belegbare Motivationen, Einschätzungen über damals vorherrschende Erkenntnisse und taktische Varianten, darunter mögliche Alternativvorschläge verborgen. Ihre Veröffentlichung ist unbedingt anzustreben.

Zu einer grundlegend neuen Bewertung der Ergebnisse werden sie nicht führen, höchstens zu einem Diskurs darüber, ob es andere Möglichkeiten und welche machbaren es gegeben hatte. Doch das ist dann immer auch recht spekulativ.

Nichts halte ich von einer sensationellen Suche nach inneren Intrigen in der sowjetischen Führung oder auch in der SMAD, die von ausschlaggebender Wirkung auf die Deutschlandpolitik gewesen sein sollen. Natürlich gab es auch verschiedene Einschätzungen und sogar Intrigen zur Festigung eigener Machtpositionen. Sie konnten in dem nicht pluralistischen System nicht den Einfluß haben, den manche aus einzelnen Dokumenten oder Bruchstücken und auch Sekundärquellen ablesen wollen. Grundfragen lagen letztlich in der Entscheidungsgewalt Stalins. Beträchtlichen Einfluß übten in den jeweils ihnen unterstehenden Bereichen Molotow, Malenkow und Berija, weniger dagegen Sdanow aus. Aber sie alle konnten nichts ohne Zustimmung Stalins bewirken. Zudem war die Außenpolitik, darunter die Deutschlandpolitik, nicht die Sphäre, in der sie, aus welchen Gründen auch immer, Eigeninitiative entwickelten. In der SMAD selbst gab es mitunter erhebliche Differenzen, wobei die jeweils Beteiligten ihre Stränge zu ihren Vorgesetzten in Moskau zu nutzen suchten. Dabei versuchte z.B.

Semjonow zu erreichen, daß die SMAD insgesamt dem Außenministerium unterstellt wurde. Es blieb jedoch dabei, daß die SMAD und ihr oberster Chef nur dem Vorsitzenden der Sowjetregierung, also damals Stalin, unterstellt war. In Einzelfragen aber konnten trotzdem auch verschiedene Moskauer Behörden hineinwirken. Kernfragen waren letztlich nicht oder nur höchstens indirekt dadurch betroffen. Ich möchte aber nochmals aus meiner Sicht die Meinung vertreten, daß diese Problematik für Experten ein gewisses Interesse bilden könnte, aber für eine globalere Bewertung nicht sonderlich ins Gewicht fallen sollte.

*Zwölftens:* Alle Besatzungsmächte betrachteten die Kontrolle der politischen Parteien als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Sie war verbunden mit einer vielfältigen Beschaffung von Informationen über deren Aktivitäten, Haltungen einzelner führender Funktionäre und mögliche innere Widersprüche. Direktkontakte zwischen der KPdSU und der SED gab es dabei bis 1949 nicht, wenn man von den Treffen Piecks, Grotewohls, Ulbrichts und anderer mit Stalin absieht, der sie jedoch mehr in seiner Funktion als Ministerpräsident empfing. Die SMAD dagegen pflegte die ständige Zusammenarbeit und verband ihre Kontrolle mit einer politischen Anleitung, wobei sie deutlich die SED als Verbündeten betrachtete, als Hauptinstrument bei der Durchsetzung ihrer Politik.

Bedeutendere Konflikte oder auch Widersprüche gab es nicht. So sehr manche danach suchen, gibt es keine Belege dafür, daß die KPdSU oder die SMAD ihre Vorstellungen oder die Durchführung von Reformen bzw. anderen Aktivitäten der SED oktroyieren mußte. Auch in einer jüngsten Veröffentlichung, die den negativen Einfluß der KPdSU unter Stalin auf die internationale, darunter die deutsche Arbeiterbewegung ausgiebig thematisiert – die Rede ist von dem von Hermann Weber herausgegebenen Band über die im Zeichen des Stalinismus initiierten Parteisäuberungen –, sind für die Jahre 1945 bis 1949 trotz unübersehbarer Auswahlprinzipien eher mäßigende Vorschläge sowjetischerseits gegenüber der SED zu erkennen. Oftmals findet man den Hinweis, den Rahmen demokratischer Umgestaltungen nicht zu überspringen, keine Vormachtstellung gegenüber den anderen Parteien des Blocks anzustreben und auch sonstigen sektiererischen Tendenzen entgegenzutreten. Änderungen, verbunden mit der Entwicklung der SED zur sogenannten Partei neuen Typus, traten 1949, noch stärker 1950 ein. Nach Gründung der DDR verstärken sich Repressalien gegen SED-Mitglieder, selbst wenn sie nicht jenes Ausmaß und nicht die Brutalität erreichten wie in der UdSSR selbst und in den osteuropäischen Ländern. Diese Entwicklung war vornehmlich fremdbestimmt – durch die neue Welle der Terrorpraktiken der Stalinherrschaft. Das ändert nichts an der Mitverantwortung der SED-Führung damals.

Damit komme ich zu einer Schlußbemerkung. Die sowjetische Deutschlandpolitik wurde den Abmachungen von Jalta und Potsdam, den Erfordernissen einer nachhaltigen Überwindung der Wurzeln des Faschismus dennoch gerechter als die Politik der westlichen Mächte. Genauso wie diese auch orientierte sie sich an den



eigenen Interessen, so wie sie verstanden wurden. Sie war zudem durchaus nicht frei von Fehlern, von Folgen des Dogmatismus, des tiefwirkenden Demokratiedefizits und anderen Erscheinungen des Stalinismus. Man darf sie nicht beschönigen, soll sie aber auch nicht dämonisieren. Und eine letzte, aber für mich wichtige These. In den Jahren 1945 bis 1949 geschah in Deutschland nichts, was nicht die ausdrückliche Zustimmung oder zumindest die Duldung der Besatzungsmächte fand. Auch in der weiteren Zeit nahmen sie noch bestehende Rechte und Möglichkeiten wahr. Trotzdem wurde die Entwicklung nicht einfach fremdbestimmt. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung wie die DDR selbst, eingebegriffen ihr sozialistischer Anspruch, waren ein legitimes Ergebnis der deutschen Geschichte. So wie die Entwicklung der BRD, beide ein alternatives. Beide mit ihren negativen wie positiven Merkmalen. Beide, um in neudeutscher Sprache zu formulieren, ein deutsches Projekt. Wir sollten dazu beitragen, das Verständnis dafür zu stärken. In diesem Sinn »kein Schwamm darüber«. Richtige Geschichtsbetrachtung ist Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft.